

Redebeitrag der Seebrücke Potsdam zur Demo *Stoppt das Sterben – Für das Recht zu kommen, zu gehen und zu bleiben* am 18.12.21 in Potsdam

Die aktuellen Geschehnisse an der EU-Außengrenze zwischen Polen und Belarus und die Reaktionen von deutschen Politiker:innen darauf verdeutlichen auf dramatische Art und Weise, wie die jahrelange radikale Abschottungspolitik der EU und das Narrativ des Grenzschutzes jedes politische Handeln bestimmen.

Menschen, die seit Wochen in der Kälte oder in überfüllten ehemaligen Lagerhallen ausharren und dabei keinerlei Unterstützung erfahren, werden als "hybride Waffe" degradiert. Man lasse sich nicht von Diktatoren erpressen, ist die einzige Reaktion, die deutsche Politiker:innen in dieser Situation für angemessen halten.

Das, was eigentlich eine humanitäre Katastrophe ist, wird sowohl von der EU als auch von Deutschland ausschließlich zu einem politischen Konflikt gemacht. Wie das den öffentlichen Diskurs beeinflusst, können wir seit Wochen mitverfolgen. Vollkommen selbstverständlich klärte Ex-Bundesinnenminister Seehofer vor einem Monat das Gerücht, Deutschland habe im Gespräch mit Belarus die Aufnahme von 2000 Menschen zugesagt, als Falschmeldung auf. Darüber hinaus betonte er, dass das „was Polen macht richtig und legitimiert“ sei und bezog sich damit auf die völlige Grenzschließung.

Die Hoffnung, mit einer neuen Bundesregierung und neuen Minister:innenposten würde sich das Blatt wenden, wurde enttäuscht. Die neue Innenministerin Nancy Faeser fordert, einen Einsatz von Frontex an der polnischen Grenze zu Belarus. Außenministerin Annalena Baerbock bittet bei einem Besuch in Polen zwar um humanitäre Hilfe im Grenzgebiet, beteuert aber, Deutschland stehe in voller Verantwortung und Solidarität an der Seite Polens angesichts des Erpressungsmanövers von Lukaschenko.

Dazu haben wir eine Frage: Wie wäre es mal mit vollster Verantwortung und Solidarität mit Menschen und nicht mit Staaten?!

Kein Wort verliert sie zu Polens bewusster und gezielter Aushebelung von Menschenrechten. Denn entgegen geltendem EU-Recht hat Polen illegale Pushbacks legalisiert und führt sie an der Grenze mit aller Härte und Gewalt durch. Wäre das nicht vielleicht eine Erwähnung wert gewesen, Frau Baerbock?

Politiker:innen lieben es doch sonst, in aufgeblähten, pathetischen Reden von der Verteidigung unserer ach so tollen europäischen Werte zu sprechen.

Wo ist sie denn, die Verteidigung der Werte, jetzt, wo es genau um diese geht?

Wir können sie verdammt nochmal nicht sehen!

Die Maßnahmen der EU beschränken sich auf Sanktionen gegen ausländische Fluggesellschaften, um zu verhindern, dass weitere Menschen nach Belarus gelangen. Gleichzeitig wird das Rückfliegen von Menschen in den Irak als Lösung des Problems angesehen.

Und was macht die EU-Kommission, anstatt sich entschieden gegen die begangenen Menschenrechtsverletzungen Polens und die Praxis der illegalen Pushbacks zu stellen? Sie schlägt eine massive Verschärfung des Asylrechts in den Grenzstaaten zu Belarus vor. Mit der Begründung, die Staaten seien mit der Umsetzung des gültigen Rechts überfordert, geht die Kommission damit vor Polen in die Knie:

Das Asylrecht soll de facto für 4 Wochen ausgesetzt werden, Grenzverfahren sollen massiv ausgeweitet werden, sodass Menschen voraussichtlich wesentlich länger an der Grenze festgesetzt werden können, Unterbringungsstandards sollen herabgesetzt und Abschiebungen erleichtert werden.

Wir wissen schon lange, dass das die Durchsetzung der wirklichen Werte der EU ist. Seit Jahren wissen wir es. Alles, was wir seit Jahren sehen, ist das Sterbenlassen von Menschen, das Vereinbaren von schmutzigen Deals mit Diktatoren, die Zusammenarbeit mit Milizen, die Aussetzung von geltendem Recht. Und das alles zu einem Zweck: die Festung Europa, um den Preis von Menschenleben, aufrecht zu erhalten.

DAS sind die Werte, die die EU wirklich verteidigt! Wir wissen es, ihr wisst es und Politiker:innen wissen es auch. Alle sind eingeweiht und jeden Tag passiert es von neuem.

Doch wir werden uns nicht an die Schlagzeilen gewöhnen. Wir werden dieses Unrecht so lange anklagen, wie es existiert. Wir hören nicht auf, laustark zu fordern:

Evakuiert alle Lager! Die Festung Europa muss fallen! Bewegungsfreiheit für alle!

Potsdam ist Sicherer Hafen. Dadurch verpflichtet sich die Stadt dazu, sich aktiv für die Seenotrettung flüchtender Menschen auf dem Mittelmeer und deren Aufnahme einzusetzen. Dieser Beschluss, der sich nur auf aus Seenot geretteter Menschen bezieht, muss weiter gefasst werden. Oberbürgermeister Schubert muss sich aktiv mit dem *Bündnis Städte Sicherer Häfen* dafür einsetzen, dass auch die Aufnahme von Flüchtenden an den EU-Außengrenzen des Festlandes ermöglicht wird. Nur so können Städte, die sich den Namen *Sicherer Hafen* geben, diesem auch tatsächlich gerecht werden.

Es muss endlich mit einer breiten Öffentlichkeit Aufnahmebereitschaft signalisiert und Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden!

Beginnt endlich zu handeln! Bietet einen Sicherer Hafen! Holt die Menschen endlich da raus!